

**Imamausbildung in Deutschland - Islamische Theologie im europäischen Kontext**

Bericht über eine internationale Tagung an der Universität Osnabrück

25. bis 27. Februar 2010

*Mounir Azzaoui\**

**Einleitung**

An der internationalen Tagung „Imamausbildung in Deutschland – Islamische Theologie im europäischen Kontext“ (25.-27. Februar 2010) an der Universität Osnabrück nahmen insgesamt etwa 140 Personen teil. Ziel der interdisziplinären Tagung war es, mit den etwa 50 Referenten aus dem In- und Ausland die Rolle der Imame in den muslimischen Gemeinden zu erörtern, die rechtlichen, politischen und soziologischen Rahmenbedingungen einer Imamausbildung zu beleuchten, aber auch über die Inhalte, die Voraussetzungen der Ausbildung und das Berufsbild des Imams zu diskutieren. Veranstalter war das Zentrum für Interkulturelle Islamstudien (ZIIS)/Lehrstuhl für Islamische Religionspädagogik an der Universität Osnabrück, in Kooperation mit dem Bundesministerium des Innern und dem Niedersächsischen Innenministerium.

Neben Vertretern aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft brachten zahlreiche Verantwortungsträger muslimischer Bundes- und Landesverbände und lokaler Organisationen ihre praktischen Erfahrungen und Sichtweisen in die Diskussion ein. Dabei stellte sich schnell ein Konsens darüber ein, dass der Bedarf an einer Ausbildung von Imamen in Deutschland sehr groß ist und nachhaltig den Integrationsprozess, insbesondere den der jüngeren Generation von Muslimen, positiv beeinflussen kann. Die Veranstaltung erfuhr eine außerordentlich hohe bundesweite Presseresonanz, wohl auch weil sie mit den Empfehlungen des Wissenschaftsrats zum Aufbau Islamischer Studien an deutschen Universitäten (29.01.2010) zusammenfiel. Dazu machte Bülent Ucar (ZIIS) bereits zu Beginn der Veranstaltung deutlich, dass man in Osnabrück bereits seit über einem Jahr mit dem Land Niedersachsen an diesem Projekt arbeite.

**Politik**

Der niedersächsische Innenminister Uwe Schünemann, welcher sowohl zu Beginn als auch zum Abschluss der Konferenz sprach, machte deutlich, dass eine Fort- und Ausbildung von Imamen nur in enger Abstimmung mit den islamischen Gemeinschaften geschehen kann, eine Arbeit an den muslimischen Verbänden vorbei sei demnach nicht sinnvoll. Dabei ließ er offen, ob die für das Wintersemester 2012/2013 angekündigte Imamausbildung sich bei der Beteiligung der islamischen Gemeinschaften an den Empfehlungen des Wissenschaftsrats orientieren oder eine andere Struktur gewählt werden wird. Nach Schünemann gäbe es zahlreiche Gründe, warum eine hiesige Imamausbildung sinnvoll sei. Das zentrale politische Motiv sei demnach, dass dadurch eine Vorbeugung vor Radikalisierung geleistet werde, darüber hinaus könne dadurch auch das zivilgesellschaftliche Potential der Moscheegemeinden erhöht werden. Aiman Mazyek (Zentralrat der Muslime in Deutschland) wies auf die theologische Funktion der Imame und darauf dass man ihre Arbeit nicht auf die von Integrationslotsen beschränken dürfe hin. Müfit Bahadır (Universität Braunschweig) wies auf die Notwendigkeit eines hohen Niveaus der Islamischen Theologie bei der universitären Imamausbildung hin, es dürfe kein „Islam light“ gelehrt werden. Auch Ucar machte deutlich, dass es darum gehe, die theologische Binnensicht und Außensichtweise zusammenzubringen, wobei erstere jedoch für die akademische Entwicklung ausschlaggebend sei. Ucar wies zudem darauf hin, dass die

---

\* Mounir Azzaoui ist Politikwissenschaftler und Sprecher des Arbeitskreises Grüne MuslimInnen.

## Conference Proceedings / Tagungsbericht

Imamausbildung als ein Prozess zu verstehen sei, welcher auf angemessene finanzielle Ressourcen und wissenschaftliches Personal angewiesen sei. Man werde deshalb zunächst einmal mit einer Weiterbildung für Imame beginnen, mittelfristig wären dafür mindestens fünf weitere Professuren nötig.

### **Rechtliche Rahmenbedingungen**

Bei der Darlegung der rechtlichen Rahmenbedingungen wurde zunächst von Hans Michael Heinig (Universität Göttingen) festgehalten, dass die Ausbildung der Imame zu den eigenen Angelegenheiten der Religionsgemeinschaften gehöre und es deshalb muslimischen Organisationen auch in Zukunft frei stehen müsse, diese organisationsintern auszubilden, auch wenn es eine Reihe von rechtlichen und politischen Gründen gäbe, die dafür sprächen, dies (auch) in staatlichen Universitäten vorzunehmen. Dabei machte Heinig sehr deutlich, dass aus einer freundlichen Einladung zur Förderung von Religion – etwa in Form einer universitären Ausbildung des religiösen Personals – keine feindliche Übernahme werden dürfe. Eine angemessene Mitwirkung der Religionsgemeinschaften bei der universitären Ausbildung von religiösem Personal sei unverzichtbar. Heinig sieht eine Priorität darin, sich auf den Weg zur Anerkennung solcher Religionsgemeinschaften zu machen, indem das Religionsverfassungsrecht offener ausgelegt wird und es eine Organisationsentwicklung auf muslimischer Seite gibt. Auch wenn die Empfehlungen des Wissenschaftsrats dabei, nach Heinig, grundsätzlich zu begrüßen seien, sieht er das vorgeschlagene niedrigschwellige Beiratsmodell, welches aus muslimischen Wissenschaftlern, Vertretern der muslimischen Verbände und der „Mehrheit nichtorganisierter Muslime“ bestehen soll, als problematisch an. Diese Einzelpersonen seien von niemandem legitimiert und würden Rechte erhalten, welche eigentlich nur den Religionsgemeinschaften zuständen. Dies sei nicht nur ein Widerspruch zum Religionsverfassungsrecht, sondern auch geeignet zur Begründung eines „Staatsislams“, da der Staat auf diesem Wege nur ihm wohlgefällige Personen als Beiratsmitglieder einsetzen könne. Dies könne zu einem „Sonderstaatskirchenrecht“ für Muslime führen, welches dem Gleichheitsgedanken widerspräche. Das Beiratsmodell möge eine Brückenlösung darstellen, doch die Gefahr bestünde, dass es dauerhaft werde und sich zementiere.

### **Politische und soziologische Rahmenbedingungen**

Christoph Bochinger (Universität Bayreuth) stellte in seinem Vortrag die Möglichkeit einer universitären Imamausbildung in Deutschland in Frage. Die Notwendigkeit der Entwicklung einer Islamischen Theologie im europäischen Kontext bejahte er hingegen direkt und ging dabei auf die Funktionen von Theologie ein: Zum einen gehe es um Sicherung und Weitergabe der Tradition, zum anderen aber auch um die Neubestimmung von Religion. In den aktuellen – insbesondere den politischen – Diskussionen werde meist nur die Neubestimmung von Religion in den Mittelpunkt gestellt. Dies sei wichtig, da die Erfahrungen der Muslime in Deutschland neue Fragen und Herausforderungen mit sich brächten. Es bestünde damit aber auch die Gefahr, dass bei den Muslimen der Eindruck entstehe, dass die Universitäten und der Staat einen Schulterchluss vornähmen, um einen Staatsislam zu entwickeln, welcher die bestehenden muslimischen Strukturen umgehe und fundamentale islamische Grundsätze in Frage stelle. Dem müsse man entgegenwirken, indem man die Funktion der Sicherung und Weitergabe von Religion genauso berücksichtige. Es müsse ein Anknüpfen an die theologischen Traditionen aus den sog. islamischen Ländern stattfinden, man könne die Islamische Theologie nicht einfach neu erfinden, so wie dies auch nicht mit der christlichen Theologie möglich wäre. In diesem „Spagat“ dürfe man nicht die Neuformulierung der Islamischen Theologie zu stark forcieren. Wenn eine theologische Elite sich immer stärker von der muslimischen Basis entferne, dann könne dies neue Gräben aufreißen, welche der Integration von Muslimen zuwiderlaufen würden. Vor diesem Hintergrund machte Bochinger Vorschläge zu einer Imamausbildung in Deutschland: Die Imamausbildung solle demnach in einem zweistufigen Verfahren stattfinden. Zunächst ein universitäres Studium in Islamischer Theologie und im Anschluss daran eine von muslimischen Verbänden

entwickelte Imam-Ausbildung, auf die sich die Absolventen bewerben können, ähnlich dem Vikariat im katholischen Kontext. So könne man eine hervorragende Qualifizierung der Imame sicherstellen, Spannungen mit den Moscheen und muslimischen Verbänden vermeiden und die Handlungsspielräume dieser Organisationen erhöhen. Dieses Modell hätte, laut Bochinger zudem den Vorteil, dass das Fach Islamische Theologie breiter angesetzt werden könne und so die Studierenden auch andere Berufe mit dem Studium anstreben könnten. Es wäre damit interessant für alle, wie Bochinger formulierte, die als Muslime für den Islam in Deutschland etwas tun möchten.

### **Hochschulcurriculare Rahmenbedingungen und Berufsbild Imam**

Im Block „Hochschulcurriculare Rahmenbedingungen“ erhielt Bochinger Zustimmung von Hans Georg Ziebertz (Universität Würzburg) und Harry Harun Behr (Universität Erlangen) für eine zweistufige Ausbildung. Ziebertz machte deutlich, dass ein Theologiestudium als Theoriebildung polyvalent sein solle, mehrere Berufe sollten nach dem Studium möglich sein. Diejenigen, welche den Imamberuf anstrebten, könnten im Anschluss an das Studium eine Praxisausbildung durchlaufen und dadurch auch eine „konfessionelle“ Formung erfahren. Eine Orientierung auf bestimmte Berufsfelder hingegen sei nicht sinnvoll. Dies wäre Aufgabe der Fachhochschule bzw. Berufsfachschule. In einigen Jahren wolle man sich, laut Ziebertz, nicht den Vorwurf des akademischen Versagens machen lassen.

In mehreren Diskussionen wurde deutlich, dass die Anforderungen an die Imame seitens der muslimischen Gemeinschaften sehr hoch sind. Nach Behr sollen diese nicht nur auf der Brücke stehen und wissen, wie es im Maschinenraum aussieht, sondern gesucht werde auch ein Typ zwischen Mohammed, Sokrates und Pestalozzi. Auch Mouhanad Khorchide, welcher fünf Jahre lang ehrenamtlich als Imam in Wien arbeitete, verwies auf den Wunsch der Gemeinden nach dem „Superimam“, welcher alle Probleme löst. Doch entweder hat die Islamische Theologie keine Antworten auf konkrete Probleme oder die Antworten sind für die Betroffenen überhaupt nicht hilfreich. Es reiche deshalb nicht aus, einfach Imame für die Praxis auszubilden, sondern vielmehr bedürfe es der Entwicklung einer Islamischen Theologie, welche die Praxis unterstütze und auch in der muslimischen Community anerkannt sei.

### **Imamausbildung im Vergleich: Niederlande, Schweiz, Türkei und Bosnien**

Während der Tagung wurde immer wieder auch in andere Länder geblickt, so zum einen in die Türkei und Bosnien, wo es bereits seit vielen Jahrhunderten eine Imamausbildung gibt, und zum anderen in die Schweiz und Niederlande. Für die Türkei hat Adnan Aslan (Istanbul) deutlich gemacht, dass die drei Bereiche der Hauptpflichten für den Imam die religiösen Dienste, Gemeindeführung und intellektuelle Führung sind. Dabei verwies Yasar Sarikaya (Universität Paderborn) auf die Wichtigkeit der korrekten und schönen Rezitation, welche eine wichtige Voraussetzung für die Akzeptanz eines Imams darstelle. Gleiches gelte für auswendig vorgetragene Quran-Rezitationen und Ḥadīth.

Während man in der Schweiz noch dabei ist, den Bedarf und Rahmen einer Imamausbildung zu erkunden, wird in den Niederlanden im Rahmen der sog. „Duplex Order“ bereits eine Imamausbildung angeboten. Es ist ein zweistufiges Modell mit einem vierjährigen religionswissenschaftlichen Studium mit den Schwerpunkten Arabische Sprache, Islam- und Religionswissenschaften, an das sich dann eine zweijährige Praxisausbildung anschließt. Während das Studium in staatlicher Verantwortung liegt, unterliegt das Berufstraining der Verantwortung der muslimischen Religionsgemeinschaften. In diesem Zusammenhang wurde auch auf Fortbildungsseminare für Imame geschaut, welche einerseits in Deutschland stattfinden, wie „Münchenkompetenz“, andererseits in der Türkei für Imame vor ihrer Anreise nach Deutschland, wie jene von der Konrad-Adenauer Stiftung (KAS), organisiert werden. Zu diesen Fortbildungen gehören Module zu sozialen Angeboten in Deutschland, Religion und Politik, Wirtschaft, Migration, Bildung und Medien. Die Angebote werden laut Rauf Ceylan sehr positiv von den Imamen aufgenommen. Im Fall der KAS-Fortbildungen

## Conference Proceedings / Tagungsbericht

gäbe es seitens der Imame auch den Wunsch, dass die Maßnahmen in Deutschland weitergeführt werden.

### **Ausblick**

Insbesondere von Seiten der Teilnehmerinnen wurde darauf hingewiesen, dass bei zukünftigen Tagungen mehr Referentinnen eingeladen werden sollten und zudem auch inhaltlich stärker die Rolle der Frauen bei den neuen Islam-Studiengängen und der Arbeit in den Moscheen erörtert werden müsse.

Als eine der großen, außeruniversitären Herausforderungen wurde die Entwicklung und Professionalisierung der Moscheen identifiziert. Die Verdienste der Imame befinden sich heute an den untersten Einkommensgrenzen. Man müsse deshalb die Voraussetzungen dafür schaffen, dass es für Abiturienten überhaupt attraktiv wird, ein Universitätsstudium und eine Praxisausbildung zu absolvieren, um dann eine Anstellung in einer Moschee als Imam zu suchen.

Die Tagung „Imamausbildung in Deutschland“ hat eine kritische und offene Debatte zu einem wichtigen Zukunftsthema in Gang gebracht und Wege aufgezeigt, wie eine wissenschaftlich fundierte und an der islamischen Tradition anknüpfende universitäre Imam- Aus- und Fortbildung entwickelt werden könnte.